

## **ANHANG**

### **VERORDNUNG (EU) .../... DER KOMMISSION**

**vom XXX**

#### **zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ENTWURF**

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION –

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 108 Absatz 4,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2015/1588 des Rates vom 13. Juli 2015 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf bestimmte Gruppen horizontaler Beihilfen<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a,

nach Anhörung des Beratenden Ausschusses für staatliche Beihilfen,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 werden bestimmte Gruppen von Beihilfen für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt.
- (2) Für Unternehmen, die sich an Projekten der europäischen territorialen Zusammenarbeit (ETZ) beteiligen, die unter die Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates<sup>2</sup> oder unter die [neue ETZ-Verordnung] fallen, ist es oft schwierig, die Mehrkosten zu tragen, die aus der Zusammenarbeit zwischen Partnern aus verschiedenen Gebieten und Mitgliedstaaten oder Drittländern erwachsen. Da die ETZ für die Kohäsionspolitik von großer Bedeutung ist und den Rahmen bildet, in dem nationale, regionale und lokale Akteure aus den einzelnen Mitgliedstaaten oder Drittstaaten gemeinsame Maßnahmen durchführen und sich über Strategien austauschen, sollten bestimmte Probleme im Zusammenhang mit ETZ-Projekten angegangen werden, um so die Einhaltung der Beihilfevorschriften bei solchen Projekten zu erleichtern. Ausgehend von der Erfahrung der Kommission sollte die Verordnung (EU) Nr. 651/2014 für Beihilfen für ETZ-Projekte unabhängig von der Größe der begünstigten Unternehmen gelten.
- (3) Da die Gewährung niedriger Beihilfebeträge an Unternehmen, welche an ETZ-Projekten teilnehmen, lediglich eine begrenzte Auswirkung auf Handel und Wettbewerb hat, sollten ferner einfache Regeln für Fälle niedergelegt werden, in denen

---

<sup>1</sup> ABl. L 248 vom 24.9.2015, S. 1.

<sup>2</sup> Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit besonderen Bestimmungen zur Unterstützung des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 259).

der Beihilfegesamtbetrag je Unternehmen und Projekt eine bestimmte Obergrenze nicht überschreitet.

- (4) Forschungs- und Entwicklungsvorhaben oder Durchführbarkeitsstudien, die im Anschluss an eine Evaluierung und die Erstellung einer Rangliste durch unabhängige Sachverständige mit einem Exzellenzsiegel ausgezeichnet wurden und als exzellent und der Förderung durch öffentliche Mittel würdig angesehen werden, aber aufgrund fehlender Mittel nicht aus dem Rahmenprogramm Horizont gefördert werden können, dürfen mit nationalen Mitteln, einschließlich Mitteln aus den europäischen Struktur- und Investitionsfonds für den Zeitraum 2014-2020 beziehungsweise aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und aus dem Europäischen Sozialfonds Plus für den Zeitraum 2021-2027 unterstützt werden. Staatliche Beihilfen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, die von kleinen und mittleren Unternehmen durchgeführt werden, sollten als mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen und unter bestimmten Voraussetzungen von der Anmeldepflicht freigestellt werden. Darüber hinaus sollte es nicht erforderlich sein, Voraussetzungen für die Förderfähigkeit, die im Vorfeld der Vergabe des Exzellenzsiegels nach den Vorschriften für das Rahmenprogramm Horizont 2020 oder das Rahmenprogramm Horizont Europa bereits auf Unionsebene geprüft wurden, erneut zu prüfen. Ob die Einrichtungen, die die Vorhaben durchführen, einen Erwerbszweck haben oder nicht, ist nach dem Wettbewerbsrecht kein relevantes Kriterium.
- (5) Staatliche Beihilfen für bestimmte Vorhaben von gemeinsamem Interesse im Bereich digitaler Vernetzungsinfrastrukturen, die unter die Verordnung (EU) Nr. XX/2020 des Europäischen Parlaments und des Rates fallen (CEF2-Verordnung), können als mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen und unter bestimmten Voraussetzungen von der Anmeldepflicht freigestellt werden.
- (6) Zuschüsse, die Forschern im Rahmen des Konzeptnachweises („Proof of Concept“) des ERC und im Rahmen von Marie-Sklódowska-Curie-Maßnahmen (MSCA), bei denen es sich um wirtschaftliche Tätigkeiten handelt, gewährt werden, sollten ebenfalls als mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen werden, wenn sie mit einem Exzellenzsiegel ausgezeichnet wurden.
- (7) Werden Forschungs- und Entwicklungsvorhaben durch nationale und zentral verwaltete Unionsmittel kofinanziert (wie beispielsweise Vorhaben, die im Rahmen einer institutionellen europäischen Partnerschaft auf der Grundlage des Artikels 185 oder des Artikels 187 AEUV oder im Rahmen einer Kofinanzierungsmaßnahme nach dem Rahmenprogramm Horizont Europa durchgeführt werden), so kann dies zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Forschung und Entwicklung beitragen, da bei solchen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben davon ausgegangen wird, dass sie Zielen von gemeinsamem europäischen Interesse dienen und genau definierten Fällen von Marktversagen entgegenwirken. Dies gilt als gegeben, wenn solche Vorhaben im Anschluss an länderübergreifende Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen, an denen sich mindestens drei Mitgliedstaaten (beziehungsweise zwei im Falle von Teaming-Maßnahmen) beteiligt haben, nach den Vorschriften für das Rahmenprogramm Horizont 2020 oder das Rahmenprogramm Horizont Europa von unabhängigen Sachverständigen bewertet, in eine Rangliste aufgenommen und ausgewählt werden. Die finanziellen Beiträge der Mitgliedstaaten zu diesen kofinanzierten Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, einschließlich der Mittel aus den europäischen Struktur- und Investitionsfonds für den Zeitraum 2014-2020 beziehungsweise dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem Europäischen Sozialfonds Plus für den Zeitraum 2021-2027, sollten unter bestimmten

Voraussetzungen als mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen und von der Anmeldepflicht freigestellt werden. Darüber hinaus sollte es nicht erforderlich sein, Voraussetzungen für die Förderfähigkeit, die nach den Vorschriften für das Programm Horizont 2020 oder das Programm Horizont Europa auf länderübergreifender Ebene bereits im Vorfeld der Auswahl eines Forschungs- und Entwicklungsvorhabens von unabhängigen Sachverständigen geprüft wurden, erneut zu prüfen.

- (8) In den Rahmenprogrammen Horizont 2020 und Horizont Europa ist festgelegt, welche Forschungs- und Innovationsmaßnahmen förderfähig sind. In dieser Hinsicht hält die Kommission fest, dass Forschungs- und Innovationsmaßnahmen im Sinne des Rahmenprogramms Horizont in der Regel Maßnahmen der Grundlagenforschung und der industriellen Forschung im Sinne dieser Verordnung entsprechen. Ferner entsprechen auf der Grundlage des Rahmenprogramms Horizont geförderte Innovationsmaßnahmen in der Regel Maßnahmen der experimentellen Entwicklung nach dieser Verordnung. Die in dieser Verordnung vorgesehenen Vereinfachungen im Bereich Forschung und Entwicklung sollten jedoch nicht zur Finanzierung von Maßnahmen eingesetzt werden, die nach den Beihilfavorschriften für Forschung und Entwicklung nicht beihilfefähig sind, d. h., die über den Rahmen von Maßnahmen der experimentellen Entwicklung hinausgehen. Zu diesem Zweck können die Mitgliedstaaten auch die Definitionen zum Technologie-Reifegrad (Technological Readiness Level – TRL) berücksichtigen. Die Kommission weist darauf hin, dass staatliche Beihilfen für Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten auf TRL-9-Ebene als über den Rahmen der Definition der experimentellen Entwicklung hinausgehend angesehen werden und folglich nicht in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen.
- (9) Das Programm „Digitales Europa“ fördert und beschleunigt die Digitalisierung der europäischen Wirtschaft und Gesellschaft und nützt den europäischen Bürgerinnen und Bürgern, den öffentlichen Verwaltungen und den Unternehmen überall in der Union. Das Programm bildet eine Ergänzung zu den aus dem Programm Horizont Europa geförderten Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsvorhaben, zum Digitalprogramm der Fazilität „Connecting Europe“ und zu InvestEU. Gefördert werden im Rahmen des Programms der Ausbau der digitalen Kapazitäten (z. B. in Bezug auf Daten, Rechner und die Cybersicherheit) im öffentlichen Sektor sowie von KMU und Forschungs- und Entwicklungsgemeinschaften. Aus dem Programm werden finanzielle Beiträge für fortschrittliche Rechentechnik einschließlich Hochleistungs-, Cloud-, Edge- und Quantencomputing, künstliche Intelligenz einschließlich der Schaffung europäischer digitaler Innovationszentren sowie Erprobungs- und Versuchseinrichtungen gezahlt. Ferner werden digitale Kompetenzen sowie Cybersicherheitsausrüstung und -werkzeuge gefördert.
- (10) Bei Finanzprodukten, die aus dem Fonds „InvestEU“ unterstützt werden, können von den Mitgliedstaaten kontrollierte Mittel, einschließlich Mitteln aus EU-Fonds mit geteilter Mittelverwaltung, eingesetzt werden, um die Hebelwirkung zu erhöhen und zusätzliche Investitionen in Europa zu unterstützen. So haben die Mitgliedstaaten beispielsweise die Möglichkeit, Mittel aus EU-Fonds mit geteilter Mittelverwaltung in die Mitgliedstaaten-Komponente der EU-Garantie im Rahmen des Fonds „InvestEU“ einzubringen. Darüber hinaus können die Mitgliedstaaten die aus dem Fonds „InvestEU“ unterstützten Finanzprodukte über eigene Mittel oder über nationale Förderbanken finanzieren. Solche Finanzierungen sind möglicherweise als „staatliche Mittel“ einzustufen und dem Staat zuzurechnen, wenn die Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Verwendung dieser Mittel über einen Ermessensspielraum verfügen. Haben die

Mitgliedstaaten hingegen keinen Ermessensspielraum im Hinblick auf die Verwendung der Mittel oder handeln sie im Einklang mit marktüblichen Bedingungen, stellt die Verwendung dieser Mittel unter Umständen keine staatliche Beihilfe dar. Die Kommission beabsichtigt, mit Blick auf solche Fälle näher zu erläutern, wie im Rahmen der üblichen Förderkonstellationen nach der InvestEU-Verordnung vorzugehen ist.

- (11) Für Fälle, in denen nationale Mittel, einschließlich Mitteln aus EU-Fonds mit geteilter Mittelverwaltung, eine staatliche Beihilfe im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 AEUV darstellen, sollten eine Reihe von Voraussetzungen festgelegt werden, unter denen die Beihilfe als mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen und von der Anmeldepflicht freigestellt werden sollte, um die Umsetzung des Fonds „InvestEU“ zu erleichtern.
- (12) Bei der Konzeption des Fonds „InvestEU“ wurde eine Reihe wichtiger Vorkehrungen zum Schutz des Wettbewerbs vorgesehen, wie etwa die Anforderung, dass der Fonds Investitionen unterstützt, die die politischen Ziele der Union und den europäischen Mehrwert befördern, dass er dem Zusätzlichkeitsprinzip entspricht und dass er Marktversagen und suboptimalen Investitionsbedingungen entgegenwirkt. Darüber hinaus werden die Leitungsstruktur und das Beschlussfassungsverfahren vor der Ausstellung der EU-Garantie sicherstellen, dass die über „InvestEU“ unterstützten Vorhaben den oben genannten Anforderungen entsprechen. Schließlich wird die Unterstützung aus dem Fonds „InvestEU“ transparent sein, und ihre Auswirkungen werden bewertet. Deshalb sollten staatliche Beihilfen im Rahmen von Finanzprodukten, die aus dem Fonds „InvestEU“ unterstützt werden, auf der Grundlage einer begrenzten Reihe von Voraussetzungen als mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen und von der Anmeldepflicht freigestellt werden.
- (13) Die Verordnung (EU) Nr. 651/2014 sollte daher entsprechend geändert werden –  
HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

#### *Artikel 1*

Die Verordnung (EU) Nr. 651/2014 wird wie folgt geändert:

- 1. Artikel 1 wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 1 Buchstaben m und n erhalten folgende Fassung:  
„m) Beihilfen für Regionalflughäfen;  
n) Hafenbeihilfen; und“.
  - b) In Absatz 1 werden folgende Buchstaben o und p angefügt:  
„o) Beihilfen für Projekte der europäischen territorialen Zusammenarbeit; und  
p) Beihilfen im Rahmen von aus dem Fonds „InvestEU“ unterstützten Finanzprodukten.“.
  - c) Absatz 2 Buchstabe a erhält folgende Fassung:  
„a) Regelungen, die unter Kapitel III Abschnitt 1 (ausgenommen Artikel 15), 2, 3, 4, 7 (ausgenommen Artikel 44) oder 10 dieser Verordnung fallen, und Beihilfen, die in der Form von Finanzprodukten nach Kapitel III Abschnitt 16 durchgeführt werden, sofern die durchschnittliche jährliche Mittelausstattung je Mitgliedstaat 150 Mio. EUR übersteigt, nach Ablauf von sechs Monaten nach ihrem Inkrafttreten. Bei Beihilfen nach Kapitel III Abschnitt 16 dieser Verordnung werden lediglich Beiträge eines Mitgliedstaats zu der in Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung [zur Aufstellung des Programms „InvestEU“]

genannten Mitgliedstaaten-Komponente der EU-Garantie, die für ein bestimmtes Finanzprodukt vorgesehen sind, im Rahmen der Prüfung, ob die durchschnittliche jährliche Mittelausstattung dieses Mitgliedstaats für das Finanzprodukt 150 Mio. EUR übersteigt, berücksichtigt. Die Kommission kann beschließen, dass die vorliegende Verordnung für einen längeren Zeitraum für eine solche Beihilferegulung gilt, nachdem sie den entsprechenden Evaluierungsplan, der innerhalb von 20 Arbeitstagen nach Inkrafttreten der Regelung von dem Mitgliedstaat bei der Kommission angemeldet wurde, genehmigt hat;“.

d) Absatz 3 Buchstaben a und b erhalten folgende Fassung:

„a) Beihilfen für Fischerei und Aquakultur im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1379/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates<sup>(\*)</sup>, ausgenommen Ausbildungsbeihilfen, Beihilfen zur Erschließung von KMU-Finanzierungen, Forschungs- und Entwicklungsbeihilfen, Innovationsbeihilfen für KMU, Beihilfen für benachteiligte Arbeitnehmer und Arbeitnehmer mit Behinderungen, regionale Investitionsbeihilfen für Gebiete in äußerster Randlage, regionale Betriebsbeihilferegulungen und Beihilfen für Projekte der europäischen territorialen Zusammenarbeit;

b) Beihilfen für die Primärerzeugung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, ausgenommen regionale Investitionsbeihilfen für Gebiete in äußerster Randlage, regionale Betriebsbeihilferegulungen, KMU-Beihilfen für die Inanspruchnahme von Beratungsdiensten, Risikofinanzierungsbeihilfen, Forschungs- und Entwicklungsbeihilfen, Innovationsbeihilfen für KMU, Umweltschutzbeihilfen, Ausbildungsbeihilfen, Beihilfen für benachteiligte Arbeitnehmer und Arbeitnehmer mit Behinderungen, Beihilfen für Projekte der europäischen territorialen Zusammenarbeit und Beihilfen im Rahmen von aus dem Fonds „InvestEU“ unterstützten Finanzprodukten;“.

e) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„4. Diese Verordnung gilt nicht für

a) Beihilferegulungen, in denen nicht ausdrücklich festgelegt ist, dass einem Unternehmen, das einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von demselben Mitgliedstaat gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen ist, keine Einzelbeihilfen gewährt werden dürfen, ausgenommen Beihilferegulungen zur Bewältigung der Folgen bestimmter Naturkatastrophen und Beihilferegulungen gemäß Kapitel III Abschnitte 2a und 16;

b) Ad-hoc-Beihilfen für ein Unternehmen im Sinne des Buchstaben a;

c) Beihilfen für Unternehmen in Schwierigkeiten, ausgenommen Beihilferegulungen zur Bewältigung der Folgen bestimmter Naturkatastrophen, Beihilferegulungen für Unternehmensneugründungen, regionale Betriebsbeihilferegulungen, Beihilfen für KMU nach Artikel 56f und Beihilfen für Finanzintermediäre nach Kapitel III Abschnitt 16, sofern Unternehmen in Schwierigkeiten nicht gegenüber anderen Unternehmen begünstigt werden.

---

<sup>\*</sup> Verordnung (EU) Nr. 1379/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die gemeinsame Marktorganisation für Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1184/2006 und (EG) Nr. 1224/2009 des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 104/2000 des Rates (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 1).“.

2. Artikel 2 wird wie folgt geändert:

a) Die Nummern 63, 64 und 65 werden gestrichen;

b) folgende Nummer 86b wird eingefügt:

„86b. „Digitalisierung“: Einführung von Technologien für elektronische Geräte und/oder Systeme, wodurch die Erweiterung von Produktfunktionen, die Entwicklung von Online-Diensten, die Modernisierung von Verfahren oder die Umstellung auf Geschäftsmodelle, die auf der Disintermediation der Produktion von Gütern und der Erbringung von Dienstleistungen basieren, ermöglicht und schließlich Transformationen bewirkt werden;“.

c) Nummer 138 erhält folgende Fassung:

„138. „Zugangsnetze der nächsten Generation“ beziehungsweise „Next Generation Access Network“ – „NGA-Netze“): leistungsfähige Netze, die mindestens folgende Merkmale aufweisen:

i) Sie bieten durch optische (oder technisch gleichwertige) Backhaul-Netze, die nahe genug an die Räumlichkeiten der Endkunden heranreichen, jedem Teilnehmer zuverlässig Hochgeschwindigkeitsdienste;

ii) sie unterstützen eine Vielfalt moderner Digitaldienste einschließlich konvergenter AIPN-Dienste; und

iii) sie verfügen über wesentlich höhere Upload-Geschwindigkeiten (als Netze der Breitbandgrundversorgung).

Beim jetzigen Stand der Marktentwicklung und der Technik handelt es sich bei NGA-Netzen um a) FTTx-Netze (glasfaserbasierte Zugangsnetze), b) hochleistungsfähige modernisierte Kabelnetze oder c) bestimmte hochleistungsfähige drahtlose Zugangsnetze, die jedem Teilnehmer zuverlässig Hochgeschwindigkeitsdienste bieten. NGA-Netze umfassen Netze, die eine Upload- und Download-Geschwindigkeit von 1 Gbit/s leisten können. Der Begriff umfasst ferner Backhaul-Netze der nächsten Generation (NGN-Netze), sofern diese für den Aufbau von NGA-Netzen erforderlich sind;“.

d) Folgende Nummer 138a wird eingefügt:

„138a. „Backhaul-Netze der nächsten Generation“ beziehungsweise „Next Generation Backhaul Networks“ – „NGN-Netze“: leistungsfähige Backhaul-Netze, die den Ausbau von NGA-Netzen durch Glasfaser- (oder eine gleichwertige) Technologie unterstützen können;“.

e) Folgende Nummern 166 bis 178 werden angefügt:

**„Begriffsbestimmungen für Beihilfen im Rahmen von aus dem Fonds „InvestEU“ unterstützten Finanzprodukten**

166. „Fonds „InvestEU“, „EU-Garantie“, „Finanzprodukt“, „nationale Förderbanken oder -institute“ und „Durchführungspartner“ haben die in Artikel 2 der Verordnung [zur Aufstellung des Programms „InvestEU“] festgelegte Bedeutung;

167. „Finanzintermediär“: Finanzinstitut, bei dem es sich nicht um einen Durchführungspartner handelt und das an der Durchführung von Haushaltsgarantien beteiligt ist, ungeachtet seiner Form und Eigentumsverhältnisse. Solche Intermediäre sind u. a. Banken, Kreditinstitute des Nichtbankensektors, Investmentfonds, Mikrofinanzierungsinstitute, Garantiegesellschaften, Leasinggesellschaften und nationale Förderbanken oder -institute;

168. „gewerblicher Finanzintermediär“: Finanzintermediär, der einen Erwerbszweck verfolgt und ohne staatliche Garantie das volle Risiko trägt. Nationale Förderbanken oder -institute gelten nicht als gewerbliche Finanzintermediäre;

169. „Vorhaben von gemeinsamem Interesse im Bereich digitaler Vernetzungsinfrastrukturen“ hat die in Artikel 8 der Verordnung XX (CEF2-Verordnung) festgelegte Bedeutung;

170. „geeignete Breitbandkarte“ im konkreten Zusammenhang mit Artikel 56e Absatz 2 Buchstabe b Ziffer i: höchstens 18 Monate alte Karte, auf der die NGA-/NGN-Infrastrukturen, durch die sozioökonomische Schwerpunkte erschlossen werden, und ihre Leistungsfähigkeit in Bezug auf die Geschwindigkeit unter üblichen Spitzenlastbedingungen ausgewiesen werden. Die Kartierung erfolgt durch die zuständige Behörde und erfasst alle NGA-/NGN-Infrastrukturen, die bereits vorhanden oder innerhalb der nächsten drei Jahre oder innerhalb des Zeitrahmens der geplanten geförderten Maßnahme glaubhaft geplant sind, und wird auf Adressebene auf der Grundlage der erschlossenen Räumlichkeiten (nicht der tatsächlich angeschlossenen) erstellt;

171. „öffentliche Konsultation“ im konkreten Zusammenhang mit Artikel 56e Absatz 2 Buchstabe b Ziffer i: öffentliche Konsultation, die im Wege der Veröffentlichung auf einer geeigneten Website, die allen Interessenträgern mindestens einen Monat lang zur Verfügung steht, von den zuständigen Behörden durchgeführt wird, um von Interessenträgern fundierte Informationen zu NGA-/NGN-Infrastrukturen einzuholen, die bereits vorhanden oder innerhalb der nächsten drei Jahre oder innerhalb des Zeitrahmens der geplanten geförderten Maßnahme glaubhaft geplant sind und die – auf Adressebene auf der Grundlage der erschlossenen Räumlichkeiten – die Räumlichkeiten eines beihilfefähigen sozioökonomischen Schwerpunkts erschließen;

172. „erschlossene Räumlichkeiten“ im konkreten Zusammenhang mit Artikel 56e Absatz 2 Buchstabe b Ziffer i: Räumlichkeiten, die innerhalb kurzer Zeit zu für den Endnutzer bezahlbaren Preisen (Aktivierungsgebühr) angeschlossen werden können, gleich ob diese Räumlichkeiten an das Netz angeschlossen sind oder nicht. Ein Betreiber darf Räumlichkeiten nur dann als erschlossene Räumlichkeiten melden, wenn er sich verpflichtet, die Räumlichkeiten auf Antrag eines Endnutzers gegen eine normale Aktivierungsgebühr anzuschließen, d. h. ohne zusätzliche oder besondere Kosten, wenn dies handelsüblich ist, und in jedem Fall zu einem Preis, der die üblichen Kosten in dem betreffenden Mitgliedstaat, die von der zuständigen Behörde festgelegt werden dürfen, nicht übersteigt. Ferner muss der Betreiber in der Lage sein, Anschluss und Aktivierung des Dienstes für die betreffenden Räumlichkeiten innerhalb von vier Wochen nach der Antragstellung vorzunehmen;

173. „soziale Dienstleistungen“: genau festgelegte Dienstleistungen zur Deckung des sozialen Bedarfs besonders in Bezug auf Gesundheitsdienste und Langzeitpflege, Kinderbetreuung, Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt, den sozialen Wohnungsbau (d. h. Wohnraum für benachteiligte Bürger oder sozial schwächere Bevölkerungsgruppen, die nicht die Mittel haben, sich auf dem freien Wohnungsmarkt eine Unterkunft zu beschaffen) sowie die Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen (wie in Erwägungsgrund 11 des Beschlusses 2012/21/EU der Kommission\* beziehungsweise nachfolgenden Rechtsakten, die den genannten Beschluss ersetzen, erläutert);

174. „städtischer Knoten im TEN-V“: städtisches Gebiet, in dem die Verkehrsinfrastruktur des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V), wie beispielsweise Häfen einschließlich Passagierterminals, Flughäfen, Bahnhöfe, Logistikplattformen und Güterterminals, die innerhalb oder in der Nähe städtischer Gebiete liegen, mit anderen Teilen dieser Infrastruktur und mit der Infrastruktur für den Nah- und Regionalverkehr verbunden ist (im Sinne des Artikels 3 Buchstabe p der Verordnung (EU) Nr. 1315/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates\*\*);

175. „neuer Marktteilnehmer“: Eisenbahnunternehmen im Sinne des Artikels 3 Nummer 1 der Richtlinie 2012/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates\*\*\*, das die folgenden Voraussetzungen erfüllt:

- a) Es hat weniger als zehn Jahre vor der Gewährung der Beihilfe eine Genehmigung nach Artikel 17 Absatz 3 der Richtlinie 2012/34/EU erhalten;
- b) es ist nicht im Sinne des Anhangs I Artikel 3 Absatz 3 dieser Verordnung verbunden mit einem Eisenbahnunternehmen, dem vor dem 1. Januar 2010 eine Genehmigung in einem Mitgliedstaat erteilt wurde;

176. „Ökosystem“, „biologische Vielfalt“ und „guter Zustand eines Ökosystems“ haben die in Artikel 2 Absatz 1 [der bzw. des Entwurfs einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen] angegebene Bedeutung;

177. „Wohngebäude“: Ein- oder Mehrfamilienhaus, das zu höchstens [25] % der Gesamtfläche für andere als Wohnzwecke genutzt wird;

178. „kleines Unternehmen mittlerer Kapitalisierung“: Unternehmen, das auf der Grundlage einer Berechnung nach Anhang I Artikel 3 bis 5 nicht mehr als 499 Mitarbeiter beschäftigt, dessen Jahresumsatz 100 Mio. EUR nicht übersteigt oder dessen Jahresbilanzsumme 86 Mio. EUR nicht übersteigt; mehrere Einrichtungen werden als ein Unternehmen betrachtet, sofern eine der in Anhang I Artikel 3 Absatz 3 genannten Voraussetzungen erfüllt ist;

---

\* Beschluss der Kommission vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind (ABl. L 7 vom 11.1.2012, S. 3).

\*\* Verordnung (EU) Nr. 1315/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über Leitlinien der Union für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 661/2010/EU (ABl. L 348 vom 20.12.2013, S. 1).

\*\*\* Richtlinie 2012/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. November 2012 zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraums (ABl. L 343 vom 14.12.2012, S. 32).“.

3. Artikel 4 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) Buchstabe f erhält folgende Fassung:

„f) Beihilfen für Unternehmen, die an Projekten der europäischen territorialen Zusammenarbeit teilnehmen: bei Beihilfen nach Artikel 20: 2 Mio. EUR pro Unternehmen und Projekt; bei Beihilfen nach Artikel 20a: die in Artikel 20a Absatz 2 festgesetzten Beträge pro Unternehmen und Projekt;“.

b) Unter Buchstabe i werden folgende Ziffern vii bis x angefügt:

„vii) Beihilfen für KMU für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, die mit einem Exzellenzsiegel ausgezeichnet wurden und nach Artikel 25a durchgeführt werden: der in Artikel 25a genannte Betrag;

viii) Beihilfen für Marie-Sklódowska-Curie-Maßnahmen und vom ERC geförderte Maßnahmen für den Konzeptnachweis, die nach Artikel 25b durchgeführt werden: die in Artikel 25b genannten Beträge;

ix) Beihilfen für kofinanzierte Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, die nach Artikel 25c durchgeführt werden: die in Artikel 25c genannten Beträge;



x) Beihilfen für Teaming-Maßnahmen: die in Artikel 25d genannten Beträge;“.

c) Folgender Buchstabe gg wird angefügt:

„gg) Beihilfen im Rahmen von aus dem Fonds „InvestEU“ unterstützten Finanzprodukten: die in Kapitel III Abschnitt 16 festgesetzten Beträge.“.

4. In Artikel 5 Absatz 2 wird folgender Buchstabe l angefügt:

„l) Beihilfen im Rahmen von aus dem Fonds „InvestEU“ unterstützten Finanzprodukten, sofern die Voraussetzungen des Kapitels III Abschnitt 16 erfüllt sind.“.

5. In Artikel 6 Absatz 5 werden folgende Buchstaben i, j und k angefügt:

„i) Beihilfen für Unternehmen, die an Projekten der europäischen territorialen Zusammenarbeit teilnehmen, sofern die einschlägigen Voraussetzungen des Artikels 20 oder 20a erfüllt sind;

j) Beihilfen für mit einem Exzellenzsiegel ausgezeichnete Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, Marie-Skłodowska-Curie-Maßnahmen und vom ERC geförderte Maßnahmen für den Konzeptnachweis, die mit einem Exzellenzsiegel ausgezeichnet wurden, Beihilfen im Rahmen von kofinanzierten Vorhaben und kofinanzierten Teaming-Maßnahmen, sofern die einschlägigen Voraussetzungen des Artikels 25a, 25b, 25c oder 25d erfüllt sind;

k) Beihilfen im Rahmen von aus dem Fonds „InvestEU“ unterstützten Finanzprodukten, sofern die Voraussetzungen des Kapitels III Abschnitt 16 erfüllt sind.“.

6. Artikel 7 Absatz 1 Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

„Die beihilfefähigen Kosten können anhand der in der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates\* aufgeführten vereinfachten Kostenoptionen beziehungsweise anhand der [neuen Dachverordnung] ermittelt werden, sofern das Vorhaben zumindest teilweise aus einem Unionsfonds finanziert wird, bei dem die Anwendung dieser vereinfachten Kostenoptionen zulässig ist, und die Kostenposition nach der entsprechenden Freistellungsbestimmung beihilfefähig ist.“

---

\* Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).“.

7. Artikel 8 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 Buchstabe b erhält folgende Fassung:

„b) anderen staatlichen Beihilfen für dieselben, sich teilweise oder vollständig überschneidenden beihilfefähigen Kosten, jedoch nur, wenn durch diese Kumulierung die höchste nach dieser Verordnung für diese Beihilfen geltende Beihilfeintensität beziehungsweise der höchste nach dieser Verordnung für diese Beihilfen geltende Beihilfebetrags nicht überschritten wird.

Finanzierungen, die den Endempfängern im Rahmen der Unterstützung aus dem Fonds „InvestEU“ im Einklang mit Kapitel III Abschnitt 16 gewährt werden, und die dadurch gedeckten Kosten werden bei der Prüfung der Einhaltung der Kumulierungsvorschriften des Absatzes 3 nicht berücksichtigt. Stattdessen wird der für die Einhaltung der Kumulierungsvorschriften relevante Betrag berechnet, indem zunächst der Nominalbetrag der

aus dem Fonds „InvestEU“ unterstützten Finanzierung von den gesamten beihilfefähigen Projektkosten abgezogen und anschließend die höchste nach der vorliegenden Verordnung für diese Beihilfen geltende Beihilfeintensität beziehungsweise der höchste nach der vorliegenden Verordnung für diese Beihilfen geltende Beihilfebetrags allein auf der Grundlage der gesamten verbleibenden beihilfefähigen Kosten berechnet wird. Auch in Fällen nach Artikeln, in denen die Anmeldeschwelle als Höchstbeihilfebetrags ausgedrückt ist, wird der Nominalbetrags der den Endempfängern im Rahmen der Unterstützung aus dem Fonds „InvestEU“ bereitgestellten Finanzierungen bei der Prüfung, ob die nach Artikel 4 geltende Anmeldeschwelle eingehalten wird, nicht berücksichtigt.

Bei vorrangigen Darlehen oder Garantien für vorrangige Darlehen, die aus dem Fonds „InvestEU“ im Einklang mit Kapitel III Abschnitt 16 unterstützt werden, darf die in solchen Darlehen oder Garantien für vorrangige Darlehen enthaltene Beihilfe für die Endempfänger auch auf der Grundlage des zum Zeitpunkt der Gewährung der Beihilfe geltenden Referenzzinssatzes berechnet werden; auf diese Weise kann sichergestellt werden, dass die Kumulierung mit anderen Beihilfen für dieselben bestimmbar beihilfefähigen Kosten nicht zu einer Überschreitung der Beihilfehöchstintensität oder des Beihilfehöchstbetrags für die Beihilfe nach dieser Verordnung oder zur Überschreitung der einschlägigen Anmeldeschwelle nach dieser Verordnung führt.“.

b) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„4. Nach Kapitel III Artikel 20a, 21, 22, 23 und Abschnitt 16 freigestellte Beihilfen, bei denen sich die beihilfefähigen Kosten nicht bestimmen lassen, können mit anderen staatlichen Beihilfen, bei denen sich die beihilfefähigen Kosten bestimmen lassen, kumuliert werden. Beihilfen, bei denen sich die beihilfefähigen Kosten nicht bestimmen lassen, können mit anderen staatlichen Beihilfen, bei denen sich die beihilfefähigen Kosten nicht bestimmen lassen, kumuliert werden, und zwar bis zu der für den jeweiligen Sachverhalt einschlägigen Obergrenze für die Gesamtfinanzierung, die im Einzelfall in dieser oder einer anderen Gruppenfreistellungsverordnung oder in einem Beschluss der Kommission festgelegt ist.“.

8. Artikel 9 Absätze 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

„1. Der betreffende Mitgliedstaat stellt sicher, dass folgende Informationen auf nationaler oder regionaler Ebene auf einer ausführlichen Beihilfe-Website veröffentlicht werden:

- a) die in Artikel 11 genannten Kurzbeschreibungen in dem in Anhang II festgelegten Standardformat oder ein Link, der Zugang dazu bietet;
- b) der in Artikel 11 verlangte volle Wortlaut jeder Beihilfemaßnahme oder ein Link, der Zugang dazu bietet;
- c) die in Anhang III genannten Informationen über jede Einzelbeihilfe von mehr als 500 000 EUR beziehungsweise bei in der Primärerzeugung landwirtschaftlicher Erzeugnisse tätigen Empfängern von mehr als 60 000 EUR.

Bei Beihilfen für Projekte der europäischen territorialen Zusammenarbeit nach Artikel 20 sind die in diesem Absatz genannten Informationen auf der Website des Mitgliedstaats zu veröffentlichen, in dem die zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des Artikels 21 der Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates beziehungsweise [Artikel 44 der neuen ETZ-Verordnung] ihren Sitz hat. Die teilnehmenden Mitgliedstaaten können aber auch beschließen, dass jeder Mitgliedstaat die Informationen über die Beihilfemaßnahmen in seinem Gebiet auf seiner einschlägigen Website bereitstellt. Für Beihilfen für Projekte der europäischen territorialen Zusammenarbeit nach Artikel 20a gelten die in diesem Absatz festgelegten Veröffentlichungspflichten nicht.

---

2. Bei Regelungen in Form von Steuervergünstigungen und bei Regelungen, die unter die Artikel 16 oder 21\* fallen, gelten die Voraussetzungen nach Absatz 1 Buchstabe c dieses Artikels als erfüllt, wenn der Mitgliedstaat die erforderlichen Informationen über die einzelnen Beihilfebeträge in den folgenden Spannen (in Mio. EUR) veröffentlicht:

0,06-05 (nur für Primärerzeugung landwirtschaftlicher Erzeugnisse);

0,5-1;

1-2;

2-5;

5-10;

10-30 und

30 und mehr.“.

---

\* Bei Regelungen nach Artikel 16 oder 21 dieser Verordnung kann bei KMU, die noch keinen kommerziellen Verkauf getätigt haben, auf die Pflicht zur Veröffentlichung von Informationen über jede Einzelbeihilfe von mehr als 500 000 EUR verzichtet werden.

9. Artikel 11 erhält folgende Fassung:

*„Artikel 11*

**Berichterstattung**

Die Mitgliedstaaten beziehungsweise im Falle von Beihilfen für Projekte der europäischen territorialen Zusammenarbeit nach Artikel 20 der Mitgliedstaat, in dem die Verwaltungsbehörde im Sinne des Artikels 21 der Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 beziehungsweise [Artikel 44 der neuen ETZ-Verordnung] ihren Sitz hat, übermitteln der Kommission

- a) über das elektronische Anmeldesystem der Kommission die Kurzbeschreibung jeder auf der Grundlage der vorliegenden Verordnung freigestellten Maßnahme in dem in Anhang II festgelegten Standardformat zusammen mit einem Link, der Zugang zum vollen Wortlaut der Beihilfemaßnahme einschließlich Änderungen bietet, und zwar innerhalb von 20 Arbeitstagen nach deren Inkrafttreten;
- b) im Einklang mit der Verordnung (EG) Nr. 794/2004 der Kommission\* in der geltenden Fassung einen Jahresbericht in elektronischer Form über die Anwendung der vorliegenden Verordnung mit den nach der Durchführungsverordnung für jedes volle Jahr oder jeden Teil eines Jahres, in dem die vorliegende Verordnung gilt, anzugebenden Informationen.

Dieser Artikel gilt nicht für Beihilfen für Projekte der europäischen territorialen Zusammenarbeit nach Artikel 20a.“.

---

\* Verordnung (EG) Nr. 794/2004 der Kommission vom 21. April 2004 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 659/1999 des Rates vom 22. März 1999 über besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 93 des EG-Vertrags (ABl. L 140 vom 30.4.2004, S. 1).

10. Artikel 12 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„1. Damit die Kommission die nach dieser Verordnung von der Anmeldepflicht freigestellten Beihilfen prüfen kann, führen die Mitgliedstaaten beziehungsweise im Falle von Beihilfen für Projekte der europäischen territorialen Zusammenarbeit nach Artikel 20 der Mitgliedstaat, in dem die Verwaltungsbehörde ihren Sitz hat, ausführliche Aufzeichnungen mit den

Informationen und einschlägigen Unterlagen, die notwendig sind, um feststellen zu können, dass alle Voraussetzungen dieser Verordnung erfüllt sind. Diese Aufzeichnungen werden ab dem Tag, an dem die Ad-hoc-Beihilfe oder die letzte Beihilfe auf der Grundlage der Regelung gewährt wurde, 10 Jahre lang aufbewahrt. Dieser Artikel gilt nicht für Beihilfen für Projekte der europäischen territorialen Zusammenarbeit nach Artikel 20a.“.

11. Artikel 14 Absatz 15 erhält folgende Fassung:

„15. Bei Erstinvestitionen im Zusammenhang mit Projekten der europäischen territorialen Zusammenarbeit, die unter die Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 oder die [neue ETZ-Verordnung] fallen, gilt für alle an dem Projekt beteiligten Beihilfeempfänger die Beihilfeintensität für das Gebiet, in dem die Erstinvestition angesiedelt ist. Wenn die Erstinvestition in zwei oder mehreren Fördergebieten angesiedelt ist, gilt die Beihilfehöchstintensität, die in dem Fördergebiet anzuwenden ist, in dem die meisten beihilfefähigen Kosten anfallen. In Fördergebieten nach Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe c AEUV gilt diese Bestimmung für große Unternehmen nur dann, wenn die Erstinvestition eine neue wirtschaftliche Tätigkeit betrifft.“.

12. Artikel 16 Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„4. Die beihilfefähigen Kosten sind die Gesamtkosten des Stadtentwicklungsprojekts, soweit sie die Kriterien der Artikel 37 und 65 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 beziehungsweise der [neuen Dachverordnung] erfüllen.“

---

13. Nach Artikel 19 wird folgender Titel eingefügt:

#### **„Abschnitt 2a**

#### **Beihilfen für die europäische territoriale Zusammenarbeit“**

14. Artikel 20 erhält folgende Fassung:

#### *„Artikel 20*

#### **Beihilfen für Kosten von Unternehmen, die an Projekten der europäischen territorialen Zusammenarbeit teilnehmen**

1. Beihilfen für Kosten von Unternehmen, die an unter die Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 oder die [neue ETZ-Verordnung] fallenden Projekten der europäischen territorialen Zusammenarbeit teilnehmen, sind im Sinne des Artikels 107 Absatz 3 AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar und von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt, sofern die Voraussetzungen des vorliegenden Artikels und des Kapitels I erfüllt sind.

2. Soweit sie mit dem Kooperationsprojekt in Zusammenhang stehen, sind die folgenden Kosten im Sinne der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 481/2014\* der Kommission beziehungsweise [der Artikel 38 bis 43 der neuen ETZ-Verordnung] beihilfefähig:

- a) Personalkosten;
- b) Büro- und Verwaltungskosten,;
- c) Reise- und Unterbringungskosten,;
- d) Kosten für externe Expertise und Dienstleistungen;
- e) Ausrüstungskosten; und
- f) Kosten für Infrastruktur und Bauarbeiten.

3. Bei der Expertise und den Dienstleistungen im Sinne des Absatzes 2 Buchstabe d darf es sich nicht um Leistungen handeln, die fortlaufend oder in regelmäßigen Abständen in Anspruch genommen werden oder die zu den gewöhnlichen Betriebskosten des Unternehmens gehören, wie laufende Steuerberatung, regelmäßige Rechtsberatung oder laufende Werbung.

4. Die Beihilfeintensität darf die in der Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 oder der [neuen ETZ-Verordnung] festgelegten Höchstsätze für die Kofinanzierung nicht überschreiten.

---

\* Delegierte Verordnung (EU) Nr. 481/2014 der Kommission vom 4. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf besondere Regeln für die Förderfähigkeit von Ausgaben für Kooperationsprogramme (ABl. L 138 vom 13.5.2014, S. 45).“.

15. Folgender Artikel 20a wird eingefügt:

*„Artikel 20a*

**Geringe Beihilfen für Unternehmen zur Teilnahme an Projekten der europäischen territorialen Zusammenarbeit**

1. Unter die Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 oder [die neue ETZ-Verordnung] fallende Beihilfen, die Unternehmen für ihre Teilnahme an Projekten der europäischen territorialen Zusammenarbeit gewährt werden, sind im Sinne des Artikels 107 Absatz 3 AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar und von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt, sofern die Voraussetzungen des vorliegenden Artikels und des Kapitels I erfüllt sind.

2. Der Gesamtbetrag der einem Unternehmen im Rahmen dieses Artikels pro Projekt gewährten Beihilfe darf 20 000 EUR nicht überschreiten.“.

16. Artikel 25 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„1. Beihilfen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, einschließlich Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, die im Rahmen des Programms Horizont 2020 oder des Programms Horizont Europa mit einem Exzellenzsiegel ausgezeichnet wurden, sind im Sinne des Artikels 107 Absatz 3 AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar und von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt, sofern die Voraussetzungen des vorliegenden Artikels und des Kapitels I erfüllt sind.“.

17. Folgende Artikel 25a bis 25d werden eingefügt:

*„Artikel 25a*

**Beihilfen für mit einem Exzellenzsiegel ausgezeichnete Vorhaben**

1. Beihilfen für KMU für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben oder für Durchführbarkeitsstudien, die im Rahmen des Programms Horizont 2020 oder des Programms Horizont Europa mit einem Exzellenzsiegel ausgezeichnet wurden, sind im Sinne des Artikels 107 Absatz 3 AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar und von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt, sofern die Voraussetzungen des vorliegenden Artikels und des Kapitels I erfüllt sind.

2. Die beihilfefähigen Tätigkeiten der geförderten Forschungs- und Entwicklungsvorhaben oder Durchführbarkeitsstudien entsprechen denjenigen, die gemäß den Vorschriften für das Programm Horizont 2020 oder das Programm Horizont Europa beihilfefähig sind, umfassen jedoch keine Tätigkeiten, die über den Rahmen der experimentellen Entwicklung hinausgehen.

3. Die Kategorien, Höchstbeträge und Methoden zur Berechnung der beihilfefähigen Kosten der geförderten Forschungs- und Entwicklungsvorhaben oder Durchführbarkeitsstudien entsprechen denjenigen, die gemäß den Vorschriften für das Programm Horizont 2020 oder das Programm Horizont Europa beihilfefähig sind.

4. Der Beihilfehöchstbetrag darf 2,5 Mio. EUR je KMU und je Forschungs- und Entwicklungsvorhaben beziehungsweise Durchführbarkeitsstudie nicht überschreiten.

5. Der Gesamtbetrag der je Forschungs- und Entwicklungsvorhaben oder Durchführbarkeitsstudie gewährten öffentlichen Mittel darf den gemäß den Vorschriften für das Programm Horizont 2020 oder das Programm Horizont Europa für das jeweilige Vorhaben oder die jeweilige Studie geltenden Finanzierungssatz nicht überschreiten.

#### *Artikel 25b*

### **Beihilfen für Marie-Sklodowska-Curie-Maßnahmen und vom ERC geförderte Maßnahmen für den Konzeptnachweis**

1. Beihilfen für Marie-Sklodowska-Curie-Maßnahmen und für vom ERC geförderte Maßnahmen für den Konzeptnachweis, die im Rahmen des Programms Horizont 2020 oder des Programms Horizont Europa mit einem Exzellenzsiegel ausgezeichnet wurden, sind im Sinne des Artikels 107 Absatz 3 AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar und von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt, sofern die Voraussetzungen des vorliegenden Artikels und des Kapitels I erfüllt sind.

2. Die beihilfefähigen Tätigkeiten der geförderten Maßnahme entsprechen denjenigen, die gemäß den Vorschriften für das Programm Horizont 2020 oder das Programm Horizont Europa beihilfefähig sind.

3. Die Kategorien, Höchstbeträge und Methoden zur Berechnung der beihilfefähigen Kosten der geförderten Maßnahme entsprechen denjenigen, die gemäß den Vorschriften für das Programm Horizont 2020 oder das Programm Horizont Europa beihilfefähig sind.

4. Der Gesamtbetrag der je geförderter Maßnahme gewährten öffentlichen Mittel darf den Höchstbetrag für die Förderung der jeweiligen Maßnahme im Rahmen des Programms Horizont 2020 oder des Programms Horizont Europa nicht überschreiten.

#### *Artikel 25c*

### **Beihilfen im Rahmen von kofinanzierten Forschungs- und Entwicklungsvorhaben**

1. Beihilfen für kofinanzierte Forschungs- und Entwicklungsvorhaben oder für Durchführbarkeitsstudien (einschließlich Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, die im Rahmen einer institutionellen europäischen Partnerschaft auf der Grundlage des Artikels 185 oder des Artikels 187 AEUV oder im Rahmen einer Kofinanzierungsmaßnahme im Sinne der Vorschriften für das Programm Horizont-Europa durchgeführt werden), die von mindestens drei Mitgliedstaaten durchgeführt und im Anschluss an länderübergreifende Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen gemäß den Vorschriften für das Programm Horizont 2020 oder das Programm Horizont Europa von unabhängigen Sachverständigen bewertet, in eine Rangliste aufgenommen und ausgewählt wurden, sind im Sinne des Artikels 107 Absatz 3 AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar und von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt, sofern die Voraussetzungen des vorliegenden Artikels und des Kapitels I erfüllt sind.

2. Die beihilfefähigen Tätigkeiten der geförderten Forschungs- und Entwicklungsvorhaben oder Durchführbarkeitsstudien entsprechen denjenigen, die gemäß den Vorschriften für das Programm Horizont 2020 oder das Programm Horizont Europa beihilfefähig sind, umfassen

jedoch keine Tätigkeiten, die über den Rahmen der experimentellen Entwicklung hinausgehen.

3. Die Kategorien, Höchstbeträge und Methoden zur Berechnung der beihilfefähigen Kosten entsprechen denjenigen, die gemäß den Vorschriften für das Programm Horizont 2020 oder das Programm Horizont Europa beihilfefähig sind.

4. Der Gesamtbetrag der gewährten öffentlichen Mittel darf den Finanzierungssatz, der für das Forschungs- und Entwicklungsvorhaben oder die Durchführbarkeitsstudie nach der Auswahl, Erstellung einer Rangliste und Bewertung gemäß den Vorschriften für das Programm Horizont 2020 oder das Programm Horizont Europa gilt, nicht überschreiten.

5. Die im Rahmen des Programms Horizont 2020 oder Horizont Europa bereitgestellten Mittel decken mindestens 30 % der gesamten beihilfefähigen Kosten einer Forschungs- und Innovationsmaßnahme oder einer Innovationsmaßnahme im Sinne des Programms Horizont 2020 oder Horizont Europa.

#### *Artikel 25d*

### **Beihilfen für Teaming-Maßnahmen**

1. Beihilfen für kofinanzierte Teaming-Maßnahmen, an denen mindestens zwei Mitgliedstaaten beteiligt sind und die im Anschluss an länderübergreifende Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen gemäß den Vorschriften für das Programm Horizont 2020 oder das Programm Horizont Europa von unabhängigen Sachverständigen bewertet, in eine Rangliste aufgenommen und ausgewählt wurden, sind im Sinne des Artikels 107 Absatz 3 AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar und von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt, sofern die Voraussetzungen des vorliegenden Artikel und des Kapitels I erfüllt sind.

2. Die beihilfefähigen Tätigkeiten der kofinanzierten Teaming-Maßnahme entsprechen denjenigen, die gemäß den Vorschriften für das Programm Horizont 2020 oder das Programm Horizont Europa beihilfefähig sind, umfassen, sofern anwendbar, jedoch keine Tätigkeiten, die über den Rahmen der experimentellen Entwicklung hinausgehen.

3. Die Kategorien, Höchstbeträge und Methoden zur Berechnung der beihilfefähigen Kosten entsprechen denjenigen, die gemäß den Vorschriften für das Programm Horizont 2020 oder das Programm Horizont Europa beihilfefähig sind. Darüber hinaus sind die Kosten für Investitionen in projektbezogene materielle und immaterielle Vermögenswerte beihilfefähig.

4. Der Gesamtbetrag der gewährten öffentlichen Mittel darf den Finanzierungssatz, der für die Teaming-Maßnahme nach der Auswahl, Erstellung einer Rangliste und Bewertung gemäß den Vorschriften für das Programm Horizont 2020 oder das Programm Horizont Europa gilt, nicht überschreiten. Zudem darf die Beihilfe bei Investitionen in projektbezogene materielle und immaterielle Vermögenswerte 70 % der Investitionskosten nicht überschreiten.

5. Für Investitionsbeihilfen für Infrastrukturen im Rahmen einer Teaming-Maßnahme gelten zudem folgende Voraussetzungen:

- a) Wenn die Infrastruktur sowohl wirtschaftliche als auch nichtwirtschaftliche Tätigkeiten ausübt, muss sie für die Finanzierung, Kosten und Erlöse für jede Art der Tätigkeit getrennte Bücher nach einheitlich angewandten und sachlich zu rechtfertigenden Kostenrechnungsgrundsätzen führen;
- b) der für den Betrieb oder die Nutzung der Infrastruktur berechnete Preis muss dem Marktpreis entsprechen;

- c) die Infrastruktur muss mehreren Nutzern offenstehen und der Zugang zu transparenten und diskriminierungsfreien Bedingungen gewährt werden. Unternehmen, die mindestens 10 % der Investitionskosten der Infrastruktur finanziert haben, können einen bevorzugten Zugang zu günstigeren Bedingungen erhalten. Um Überkompensationen zu verhindern, muss der Zugang in einem angemessenen Verhältnis zum Investitionsbeitrag des Unternehmens stehen; ferner werden die Vorzugsbedingungen öffentlich zugänglich gemacht;
- d) wenn die Infrastruktur sowohl für wirtschaftliche als auch für nichtwirtschaftliche Tätigkeiten öffentliche Mittel erhält, richtet der Mitgliedstaat einen Monitoring- und Rückforderungsmechanismus ein, um sicherzustellen, dass die zulässige Beihilfeintensität nicht überschritten wird, weil der Anteil der wirtschaftlichen Tätigkeiten höher ist als zum Zeitpunkt der Gewährung der Beihilfe geplant.“.
18. Nach Artikel 56c wird folgender Abschnitt 16 eingefügt:

### **„Abschnitt 16**

#### **Beihilfen im Rahmen von aus dem Fonds „InvestEU“ unterstützten Finanzprodukten**

##### *Artikel 56d*

#### **Gegenstand und allgemeine Voraussetzungen**

1. Dieser Abschnitt findet Anwendung auf Beihilfen im Rahmen von aus dem Fonds „InvestEU“ unterstützten Finanzprodukten, mit denen Durchführungspartnern, Finanzintermediären und/oder Endempfängern Beihilfen gewährt werden.
2. Die Beihilfen sind im Sinne des Artikels 107 Absatz 3 AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar und von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt, sofern die Voraussetzungen des Kapitels I, des vorliegenden Artikels und des Artikels 56e oder 56f erfüllt sind.
3. Die Beihilfen müssen alle anwendbaren Voraussetzungen der Verordnung [über den Fonds „InvestEU“] [reference] und der InvestEU-Investitionsleitlinien [reference] erfüllen.
4. Die in den Artikeln 56e und 56f festgelegten Höchstbeträge gelten für die gesamten ausstehenden Finanzmittel – soweit sie Beihilfen enthalten –, die im Rahmen von aus dem Fonds „InvestEU“ unterstützten Finanzprodukten bereitgestellt werden. Die Höchstbeträge gelten
  - a) pro Vorhaben bei Beihilfen, die unter Artikel 56e Absätze 2 und 3, Artikel 56e Absatz 4 Buchstabe a Ziffer i, Artikel 56e Absätze 5 und 6, Artikel 56e Absatz 7 Buchstaben a und b und Artikel 56e Absatz 8 fallen,
  - b) pro Endempfänger bei Beihilfen, die unter Artikel 56e Absatz 4 Buchstabe a Ziffern ii und iii, Artikel 56e Absatz 7 Buchstabe d, Artikel 56e Absatz 9 und Artikel 56f fallen.
5. Die Beihilfen werden nicht in Form von Refinanzierungen oder Garantien für bestehende Portfolios von Finanzintermediären gewährt.

##### *Artikel 56e*

#### **Voraussetzungen für Beihilfen im Rahmen von aus dem Fonds „InvestEU“ unterstützten Finanzprodukten**

1. Beihilfen, die dem Endempfänger im Rahmen eines aus dem Fonds „InvestEU“ unterstützten Finanzprodukts gewährt werden, müssen



- a) die in einem der Absätze 2 bis 9 genannten Voraussetzungen erfüllen, und
- b) bei Gewährung der Finanzmittel in Form von Darlehen an den Endempfänger muss der Zinssatz mindestens dem Basissatz des zum Zeitpunkt der Darlehensgewährung geltenden Referenzzinssatzes entsprechen.

2. Beihilfen für transeuropäische digitale Vernetzungsinfrastruktur müssen die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- a) allgemeine kumulative Voraussetzungen:
  - i) Bei dem Vorhaben handelt es sich um ein Vorhaben von gemeinsamem Interesse im Bereich digitaler Vernetzungsinfrastruktur gemäß der Verordnung XX (CEF2-Verordnung);
  - ii) der Nominalbetrag der Gesamtmittel, die einem Endempfänger pro Vorhaben im Rahmen der Unterstützung aus dem Fonds „InvestEU“ gewährt werden, darf 100 Mio. EUR nicht überschreiten;
  - iii) der Empfänger leistet aus eigenen oder aus Fremdmitteln einen Eigenbeitrag von mindestens 25 % der beihilfefähigen Kosten, der keinerlei öffentliche Förderung enthält. Werden solche fremde Mittel über eine Investitionsplattform gewährt, die verschiedene Finanzierungsquellen kombiniert, wird diese Voraussetzung dadurch ersetzt, dass bei einer solchen Plattform 30 % private Investitionen gegeben sein müssen;
  - iv) beihilfefähig sind ausschließlich gemäß der Verordnung XX (CEF2-Verordnung) beihilfefähige Investitionskosten für den Aufbau der Infrastruktur;
  - v) das Vorhaben wird im Einklang mit der Verordnung XX (CEF2-Verordnung) ausgewählt von i) einem unabhängigen Finanzintermediär, der von der Europäischen Kommission auf der Grundlage gemeinsam vereinbarter Investitionsleitlinien bestellt wurde; ii) der Europäischen Kommission im Rahmen einer Ausschreibung, die auf eindeutigen, transparenten und diskriminierungsfreien Kriterien beruht; oder iii) unabhängigen Sachverständigen, die von der Europäischen Kommission eingesetzt wurden;
  - vi) das Vorhaben eröffnet Vernetzungsmöglichkeiten, die über die Anforderungen im Rahmen geltender Rechtsvorschriften, wie etwa die in einer Frequenzlizenz enthaltenen Anforderungen, hinausgehen;
  - vii) das Vorhaben gewährleistet einen offenen Zugang auf Vorleistungsebene einschließlich Entbündelung gemäß Artikel 52 Absätze 5 und 6 für Dritte zu fairen, angemessenen und diskriminierungsfreien Bedingungen; für die Zwecke des vorliegenden Artikels kann ein Vorhaben anstelle einer physischen Entbündelung eine gleichwertige virtuelle Entbündelung vorsehen, wenn das virtuelle Zugangsprodukt von der nationalen Regulierungsbehörde eines Mitgliedstaats oder von der Kommission als der physischen Entbündelung gleichwertig anerkannt wird;
  - viii) das Vorhaben fällt in eine der unter nachstehendem Unterabschnitt b aufgeführten Kategorien von Vorhaben und erfüllt die einschlägigen besonderen Voraussetzungen.
- b) Besondere Voraussetzungen:

- i) Die folgenden kumulativen besonderen Kriterien gelten für Investitionen in Netze, die symmetrische Download- und Upload-Geschwindigkeiten von mindestens 1 Gbit/s ermöglichen:
- Das Vorhaben zielt auf die Anbindung sozioökonomischer Schwerpunkte im Sinne des Artikels 8 Absatz 3 Buchstabe a der Verordnung XX (CEF2-Verordnung) ab, bei denen es sich um öffentliche oder private Unternehmen handelt, die betraut sind mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse in den Bereichen Bildung, soziale Dienstleistungen einschließlich Gesundheit, öffentliche Verwaltung, Verkehr, Postdienste und Kultur, wie dargelegt in Artikel 106 Absatz 2 AEUV und im Einklang mit dem Beschluss 2012/21/EU der Kommission beziehungsweise nachfolgenden Rechtsakten, die den genannten Beschluss ersetzen;
  - das Vorhaben beruht auf einem festgestellten Marktversagen, dessen Vorliegen anhand einer geeigneten Breitbandkarte oder, wenn eine solche nicht zur Verfügung steht, anhand einer öffentlichen Konsultation überprüft wurde;
  - beihilfefähige sozioökonomische Schwerpunkte können nur an die Infrastruktur, die im Rahmen des Vorhabens errichtet werden soll, angebunden werden, wenn sie keinen Zugang haben zu Infrastruktur, die bereits vorhanden oder innerhalb der nächsten drei Jahre oder innerhalb des Zeitrahmens der geplanten geförderten Maßnahme glaubhaft geplant ist und symmetrische Download- und Upload-Geschwindigkeiten von mindestens 200 Mbit/s oder eine Download-Geschwindigkeit von mindestens 500 Mbit/s ermöglicht;
  - Das Vorhaben beinhaltet nachweislich eine wesentliche Veränderung, indem die geförderte Maßnahme bewirkt, dass i) eine erhebliche neue Investition in das Breitbandnetz getätigt wird und ii) die geförderte Infrastruktur gegenüber der Infrastruktur, die bereits vorhanden oder innerhalb der nächsten drei Jahre oder innerhalb des Zeitrahmens der geplanten geförderten Maßnahme glaubhaft geplant ist, erhebliche Verbesserungen in Bezug auf Verfügbarkeit, Kapazitäten, Geschwindigkeiten und Wettbewerb im Breitbandbereich bewirkt. Damit das Kriterium der bewirkten erheblichen neuen Investition erfüllt ist, muss diese Investition über eine marginale Investition hinausgehen, die lediglich der Modernisierung der aktiven Netzkomponenten dient. In Bezug auf den Nachweis erheblicher Verbesserungen in Bezug auf Verfügbarkeit, Kapazitäten, Geschwindigkeiten und Wettbewerb im Breitbandbereich muss die geförderte Infrastruktur i) im Vergleich zur vorhandenen und/oder geplanten Infrastruktur mindestens eine Verdopplung der Download- und Upload-Geschwindigkeiten erlauben und ii) symmetrische Download- und Upload-Geschwindigkeiten von mindestens 1 Gbit/s ermöglichen;
  - keine Beihilfen werden gewährt für Vorhaben, die Gebiete umfassen, in denen zwei NGA-/NGN-Netze vorhanden oder

innerhalb der nächsten drei Jahre oder innerhalb des Zeitrahmens der geplanten geförderten Maßnahme glaubhaft geplant sind, oder die Gebiete umfassen, in denen mindestens ein Netz mit sehr hoher Kapazität, das symmetrische Download- und Upload-Geschwindigkeiten von mindestens 1 Gbit/s ermöglicht, vorhanden oder innerhalb der nächsten drei Jahre oder innerhalb des Zeitrahmens der geplanten geförderten Maßnahme glaubhaft geplant ist.

ii) Die folgenden kumulativen besonderen Kriterien gelten für grenzübergreifende Investitionen in den Aufbau von 5G-Korridoren entlang wichtiger Verkehrswege:

- Das Vorhaben gewährleistet eine unterbrechungsfreie grenzüberschreitende Netzausdeckung in einem 5G-Korridor entlang wichtiger Verkehrswege im Sinne der Verordnung XX (CEF2-Verordnung), unter anderem Straßen, Schienen- und Binnenwasserstraßen;
- das Vorhaben betrifft einen grenzüberschreitenden Abschnitt im Sinne der Verordnung XX (CEF2-Verordnung), der sich i) auf mindestens zwei Mitgliedstaaten erstreckt, indem er die Grenze zwischen zwei oder mehr Mitgliedstaaten überschreitet, oder der ii) die Grenze zwischen mindestens einem Mitgliedstaat und einem Land des Europäischen Wirtschaftsraums überschreitet;
- das Vorhaben gewährleistet eine erhebliche neue Investition in das Breitbandnetz, die über eine marginale Investition hinausgeht, die lediglich der Modernisierung der aktiven Netzkomponenten dient;
- das Vorhaben fördert den Aufbau neuer passiver Infrastruktur nur dann, wenn bestehende passive Infrastruktur nicht wiederverwendet werden kann.

iii) Die folgenden kumulativen besonderen Kriterien gelten für grenzüberschreitende Terabit-Haupttrassen-Vorhaben, die bestimmte nachfolgend definierte Rechenanlagen, Hochleistungsrechenanlagen und Dateninfrastrukturen zusammenschalten:

- Das Vorhaben fördert die Zusammenschaltung – mit freier durchgehender Vernetzung von mindestens 1 Tbit/s, entweder durch direkte Anbindung oder durch Aufbau der zur Erreichung einer europaweiten Haupttrasse erforderlichen Elemente – von mindestens zwei Rechenanlagen, Hochleistungsrechenanlagen oder Dateninfrastrukturen, die i) teilnehmen am Gemeinsamen Unternehmen für europäisches Hochleistungsrechnen, das durch die Verordnung (EU) 2018/1488 des Rates (Verordnung (EU) 2018/1488 des Rates vom 28. September 2018 zur Gründung des Gemeinsamen Unternehmens für europäisches Hochleistungsrechnen, ST/10594/2018/INIT, ABl. L 252 vom 8.10.2018, S. 1) gegründet wurde, Forschungsinfrastrukturen, Forschungsleitprogrammen und Aufträgen im Sinne der Verordnung XX/XXXX (Verordnung über Horizont Europa) und der Verordnung (EG) Nr. 723/2009 des Rates vom 25. Juni 2009

über den gemeinschaftlichen Rechtsrahmen für ein Konsortium für eine europäische Forschungsinfrastruktur (ERIC) (ABl. L 206 vom 8.8.2009, S. 1), und die sich ii) in mindestens zwei EU-Mitgliedstaaten oder einem EU-Mitgliedstaat und einem Mitglied des Europäischen Forschungsraums befinden;

- das Vorhaben gewährleistet eine erhebliche neue Investition in ein Breitbandnetz, die über eine marginale Investition, wie eine Investition für reine Software-Aktualisierungen oder -lizenzen, hinausgeht;
- im Rahmen des Vorhabens erfolgt der Erwerb von Kapazität und/oder Ausrüstung durch Vergabe öffentliche Aufträge;
- das Vorhaben fördert den Aufbau neuer passiver Infrastruktur nur dann, wenn bestehende passive Infrastruktur nicht wiederverwendet werden kann.

iv) Die folgenden kumulativen besonderen Kriterien gelten für Vorhaben im Bereich grenzübergreifender Haupttrassen-Netze zur Zusammenschaltung von Cloud-Infrastrukturen:

- Das Vorhaben schaltet die Cloud-Infrastrukturen sozioökonomischer Schwerpunkte im Sinne des Artikels 8 Absatz 3 Buchstabe a der Verordnung XX (CEF2-Verordnung) zusammen, bei denen es sich um öffentliche oder private Unternehmen handelt, die betraut sind mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse in den Bereichen Bildung, soziale Dienstleistungen einschließlich Gesundheit, öffentliche Verwaltung, Verkehr, Postdienste und Kultur, wie dargelegt in Artikel 106 Absatz 2 AEUV und im Einklang mit dem Beschluss 2012/21/EU der Kommission\* beziehungsweise nachfolgenden Rechtsakten, die den genannten Beschluss ersetzen;
- das Vorhaben betrifft den Aufbau neuer oder eine erhebliche Modernisierung bestehender grenzüberschreitender Haupttrassen-Netze, die sich i) auf mindestens zwei Mitgliedstaaten erstrecken, da sie die Grenze zwischen zwei oder mehr Mitgliedstaaten überschreiten, oder die ii) die Grenze zwischen mindestens einem Mitgliedstaat und einem Land des Europäischen Wirtschaftsraums überschreiten;
- das Vorhaben betrifft mindestens drei Unternehmen unter den beihilfefähigen sozioökonomischen Schwerpunkten, die in einem anderen Mitgliedstaat tätig sind als die übrigen;
- das Vorhaben gewährleistet eine erhebliche neue Investition in ein Breitbandnetz, die über eine marginale Investition, wie eine Investition für reine Software-Aktualisierungen oder -lizenzen, hinausgeht. Das Vorhaben ermöglicht symmetrische Download- und Upload-Geschwindigkeiten von mindestens Vielfachen von 10 Gbit/s;
- das Vorhaben fördert den Aufbau neuer passiver Infrastruktur nur dann, wenn bestehende passive Infrastruktur nicht wiederverwendet werden kann.

- v) Die folgenden kumulativen besonderen Kriterien gelten für Investitionen in grenzüberschreitende Tiefseekabel:
- Das Vorhaben betrifft grenzüberschreitende Abschnitte im Sinne der Verordnung XX (CEF2-Verordnung), die sich i) auf mindestens zwei Mitgliedstaaten erstrecken, da sie die Grenze zwischen zwei oder mehr Mitgliedstaaten überschreiten, oder die ii) die Grenze zwischen mindestens einem Mitgliedstaat und einem Land des Europäischen Wirtschaftsraums überschreiten. Alternativ handelt es sich bei der geförderten Infrastruktur um ein ausschließlich auf Vorleistungsebene betriebenes Netz, das die Vernetzung von europäischen Gebieten in äußerster Randlage oder überseeischen Gebieten verbessert, auch wenn sich das Netz nur auf einen Mitgliedstaat erstreckt;
  - keine Beihilfen werden gewährt für Vorhaben in Bezug auf Wege, die bereits von zwei bestehenden oder geplanten Haupttrassen-Infrastrukturen bedient werden;
  - das Vorhaben gewährleistet eine erhebliche neue Investition in das Breitbandnetz, die in der Verlegung eines neuen Tiefseekabels oder in der Anbindung an ein bestehendes Tiefseekabel besteht, wobei die Redundanzproblematik berücksichtigt wird und die Investition über eine marginale Investition hinausgeht. Das Vorhaben ermöglicht symmetrische Download- und Upload-Geschwindigkeiten von mindestens 1 Gbit/s;
  - das Vorhaben fördert den Aufbau neuer passiver Infrastruktur nur dann, wenn bestehende passive Infrastruktur nicht wiederverwendet werden kann.

3. Beihilfen für Energieerzeugung und Energieinfrastruktur müssen die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- a) Die Beihilfen werden ausschließlich für Investitionen in Gas- und Strominfrastruktur, die in Bezug auf den Zugang Dritter, die Entgeltregulierung und die Entbündelung mit den Rechtsvorschriften über den Energiebinnenmarkt im Einklang stehen, für die folgenden Kategorien von Vorhaben gewährt:
- i) im Bereich der Energiespeicherung: Vorhaben, die in der Unionsliste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse in Anhang VII der Verordnung (EU) Nr. 347/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates\* aufgeführt sind;
  - ii) im Bereich der Energieinfrastruktur: Vorhaben, die nicht die Speicherung betreffen:
    - intelligente Stromnetze;
    - Vorhaben, die eines der Kriterien des Artikels 4 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 347/2013 erfüllen;
    - Vorhaben, die in der Unionsliste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse in Anhang VII der Verordnung (EU) Nr. 347/2013 aufgeführt sind;
    - Vorhaben in Fördergebieten.

- b) Investitionsbeihilfen für die Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Energieträgern müssen die folgenden Voraussetzungen erfüllen:
  - i) Die Beihilfen werden ausschließlich für neue Anlagen gewährt, die anhand wettbewerblicher, transparenter, objektiver und diskriminierungsfreier Kriterien ausgewählt werden;
  - ii) die Beihilfen dürfen nicht für Wasserkraftwerke gewährt werden, die nicht den Voraussetzungen der Richtlinie 2000/60/EG\*\* entsprechen;
  - iii) die Beihilfen dürfen nur für Biokraftstoff erzeugende Anlagen gewährt werden, in denen nachhaltige, nicht aus Nahrungsmittelpflanzen gewonnene Biokraftstoffe erzeugt werden.
- c) Der Nominalbetrag der Gesamtmittel, die einem Endempfänger pro Vorhaben, das unter Buchstabe a dieses Absatzes fällt, im Rahmen der Unterstützung aus dem Fonds „InvestEU“ gewährt werden, darf 150 Mio. EUR nicht überschreiten. Der Nominalbetrag der Gesamtmittel, die einem Endempfänger pro Vorhaben, das unter Buchstabe b dieses Absatzes fällt, im Rahmen der Unterstützung aus dem Fonds „InvestEU“ gewährt werden, darf 75 Mio. EUR nicht überschreiten.

4. Beihilfen für soziale, bildungsbezogene, kulturelle und naturerbebezogene Infrastrukturen und Aktivitäten müssen die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- a) Der Nominalbetrag der Gesamtmittel, die einem Endempfänger im Rahmen der Unterstützung aus dem Fonds „InvestEU“ gewährt werden, darf folgende Beträge nicht überschreiten:
  - i) 100 Mio. EUR pro Vorhaben für Investitionen in Infrastruktur, die für die Erbringung sozialer Dienstleistungen, für Bildung oder für die in Artikel 53 Absatz 2 genannten kulturellen Zwecke und Aktivitäten, einschließlich Naturerbe, genutzt wird;
  - ii) 30 Mio. EUR für Tätigkeiten im Zusammenhang mit sozialen Dienstleistungen und Kultur;
  - iii) 5 Mio. EUR für allgemeine und berufliche Bildung.
- b) Für Ausbildungsmaßnahmen zur Einhaltung verbindlicher nationaler Ausbildungsnormen werden keine Beihilfen gewährt.

5. Beihilfen für Verkehr und Verkehrsinfrastruktur müssen die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- a) Beihilfen für Infrastruktur, ausgenommen Häfen, werden nur für folgende Vorhaben gewährt:
  - i) Vorhaben von gemeinsamem Interesse im Sinne des Artikels 3 Buchstabe a der Verordnung (EU) Nr. 1315/2013, mit Ausnahme von Vorhaben, die Hafen- oder Flughafeninfrastruktur betreffen;
  - ii) Anbindungen an städtische Knoten des transeuropäischen Verkehrsnetzes;
  - iii) Rollmaterial, das ausschließlich für die Erbringung von Schienenverkehrsdiensten bestimmt ist, welche nicht unter einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007\*\*\* fallen, sofern es sich bei dem Empfänger um einen neuen Marktteilnehmer handelt;
  - iv) Stadtverkehr;

- v) Infrastruktur für alternative Kraftstoffe oder für emissionsfreie/emissionsarme Mobilität.
- b) Beihilfen für Hafeninfrastrukturvorhaben müssen die folgenden Voraussetzungen erfüllen:
  - i) Die Beihilfen dürfen nur für Investitionen in Zugangs- und Hafeninfrastruktur gewährt werden, die interessierten Nutzern zu gleichen und diskriminierungsfreien Marktbedingungen zur Verfügung gestellt wird;
  - ii) die Erteilung von Konzessionen oder anderen Aufträgen für den Bau, die Modernisierung, den Betrieb oder die Anmietung einer durch eine Beihilfe geförderten Hafeninfrastruktur durch Dritte erfolgt in einem wettbewerblichen, transparenten sowie diskriminierungs- und auflagenfreien Verfahren;
  - iii) für Investitionen in Hafen-Suprastruktur werden keine Beihilfen gewährt.
- c) Der Nominalbetrag der Gesamtmittel, die einem Endempfänger nach den Buchstaben a oder b dieses Absatzes pro Vorhaben im Rahmen der Unterstützung aus dem Fonds „InvestEU“ gewährt werden, darf 150 Mio. EUR nicht überschreiten.

6. Beihilfen für andere Infrastrukturen müssen die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- a) Nur für folgende Vorhaben werden Beihilfen gewährt:
  - i) Investitionen in Wasser- und Abwasserinfrastruktur für die Öffentlichkeit;
  - ii) Investitionen in das Recycling und die Vorbereitung zur Wiederverwendung von Abfall gemäß Artikel 47 Absätze 1 bis 6 dieser Verordnung, soweit sie der Bewirtschaftung des Abfalls anderer Unternehmen dienen;
  - iii) Investitionen in Forschungsinfrastruktur;
  - iv) Investitionen in den Auf- oder Ausbau von Innovationscluster-Einrichtungen;
- b) der Nominalbetrag der Gesamtmittel, die einem Endempfänger pro Vorhaben im Rahmen der Unterstützung aus dem Fonds „InvestEU“ gewährt werden, darf 100 Mio. EUR nicht überschreiten.

7. Beihilfen für den Umweltschutz, einschließlich Klimaschutz, müssen die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- a) Nur für folgende Vorhaben werden Beihilfen gewährt:
  - i) Investitionen, die Unternehmen in die Lage versetzen, einer durch die Tätigkeiten des Beihilfeempfängers selbst verursachten Beeinträchtigung der natürlichen Umwelt (einschließlich Klimawandel) oder der natürlichen Ressourcen abzuwenden oder vorzubeugen, soweit die Investition über die Unionsnormen für Umweltschutz hinausgeht oder bei Fehlen solcher Normen den Umweltschutz verbessert oder eine frühzeitige Anpassung an künftige Unionsnormen für den Umweltschutz ermöglicht;
  - ii) Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz eines Unternehmens, soweit die Verbesserungen der Energieeffizienz nicht vorgenommen werden, um sicherzustellen, dass das Unternehmen bereits angenommene Unionsnormen erfüllt; dies gilt auch, wenn die Unionsnormen noch nicht in Kraft getreten sind;

- iii) Altlastensanierung, soweit nach dem in Artikel 45 Absatz 3 genannten „Verursacherprinzip“ keine juristische oder natürliche Person bekannt ist, die nach dem anwendbaren Recht für den Umweltschaden haftet;
  - iv) Umweltstudien;
  - v) Verbesserung und Wiederherstellung von biologischer Vielfalt und Ökosystemen, wenn dies dazu beiträgt, die biologische Vielfalt zu schützen, zu erhalten oder wiederherzustellen und Ökosysteme in einen guten Zustand zu versetzen oder Ökosysteme, die bereits in gutem Zustand sind, zu schützen.
- b) Soweit sich die Beihilfemaßnahme auf Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz in Wohngebäuden und Gebäuden für die Bereitstellung von Tätigkeiten im Zusammenhang mit sozialen Dienstleistungen bezieht, kann sie unter folgenden Voraussetzungen auch für Maßnahmen gewährt werden, die sowohl die Energieeffizienz des Wohngebäudes verbessern als auch Anlagen umfassen, die am Standort des von der Energieeffizienz-Beihilfemaßnahme betroffenen Wohngebäudes erneuerbare Energie erzeugen:
  - i) mit der von der Maßnahme umfassten, am Standort des Wohngebäudes befindlichen Anlage zur Erzeugung erneuerbarer Energie wird Strom und/oder Wärme erzeugt; sie darf mit Speichereinrichtungen verbunden sein;
  - ii) das Produktionsvolumen der Anlage, die am Standort des Wohngebäudes erneuerbare Energie erzeugt, darf die aggregierte Verbrauchsnachfrage aller Bewohner des Gebäudes um nicht mehr als 20 % übersteigen;
  - iii) die installierte Leistung der erneuerbare Energie erzeugenden Anlage darf 500 kW nicht übersteigen;
  - iv) der Endempfänger der Beihilfe kann entweder der Eigentümer des Gebäudes oder ein Mieter sein.
- c) Der Nominalbetrag der Gesamtmittel, die einem Endempfänger pro Vorhaben, das unter die Buchstaben a und b fällt, im Rahmen der Unterstützung aus dem Fonds „InvestEU“ gewährt werden, darf 50 Mio. EUR nicht überschreiten;
- d) Beihilfen für Maßnahmen, die die Energieeffizienz von Gebäuden verbessern, können unter folgenden Voraussetzungen auch die Begünstigung von Energieleistungsverträgen zum Gegenstand haben:
  - i) der Nominalbetrag der Gesamtmittel, die einem Endempfänger im Rahmen der Unterstützung aus dem Fonds „InvestEU“ gewährt werden, überschreitet nicht 30 Mio. EUR;
  - ii) die Förderung erfolgt in Form eines Darlehens oder einer Garantie;
  - iii) die Förderung wird KMU oder kleinen Midcap-Unternehmen gewährt;
  - iv) die Förderung wird nur für Energieleistungsverträge im Sinne des Artikels 2 Nummer 27 der Richtlinie 2012/27/EU über Energieeffizienz\*\*\*\* gewährt.

8. Beihilfen für Forschung, Entwicklung, Innovation und Digitalisierung müssen die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- a) Die Beihilfen können gewährt werden für:
  - i) Grundlagenforschung;
  - ii) industrielle Forschung;



- iii) experimentelle Entwicklung;
  - iv) Prozess- oder Betriebsinnovationen für KMU;
  - v) Innovationsberatungsdienste und innovationsunterstützende Dienste für KMU;
  - vi) Digitalisierung für KMU.
- b) Bei Vorhaben, die unter Buchstabe a Ziffern i, ii und iii fallen, darf der Nominalbetrag der Gesamtmittel, die einem Endempfänger pro Vorhaben im Rahmen der Unterstützung aus dem Fonds „InvestEU“ gewährt werden, 75 Mio. EUR nicht überschreiten. Bei Vorhaben, die unter Buchstabe a Ziffern iv, v und vi fallen, darf der Nominalbetrag der Gesamtmittel, die einem Endempfänger pro Vorhaben im Rahmen der Unterstützung aus dem Fonds „InvestEU“ gewährt werden, [30] Mio. EUR nicht überschreiten.
9. KMU oder kleine Midcap-Unternehmen können neben Beihilfen, die aus den in den Absätzen 2 bis 8 genannten Gründen mit dem Binnenmarkt vereinbar sind, auch Beihilfen in Form einer Förderung aus Mitteln des Fonds „InvestEU“ erhalten, sofern
- a) der Nominalbetrag der Gesamtmittel, die einem Endempfänger im Rahmen der Unterstützung aus dem Fonds „InvestEU“ gewährt werden, 15 Mio. EUR nicht überschreitet und einem Unternehmen aus einer der folgenden Unternehmenskategorien gewährt wird:
    - i) Kleinstunternehmen;
    - ii) KMU, die noch auf keinem Markt tätig sind oder die seit ihrem ersten kommerziellen Verkauf noch keine 7 Jahre gewerblich tätig sind;
    - iii) KMU, die in einen neuen sachlich oder räumlich relevanten Markt eintreten, wenn die Erstinvestition für den Eintritt in einen neuen sachlich oder räumlich relevanten Markt 50 % des durchschnittlichen Jahresumsatzes in den vorangegangenen 5 Jahren überschreiten muss;
    - iv) innovativen Unternehmen;
    - v) KMU oder kleinen Midcap-Unternehmen, deren Haupttätigkeit in Fördergebieten liegt, sofern die Finanzierung nicht für die Verlagerung von Tätigkeiten im Sinne des Artikels 2 Nummer 61a verwendet wird; oder
  - b) der Nominalbetrag der Gesamtmittel, die einem Endempfänger im Rahmen der Unterstützung aus dem Fonds „InvestEU“ gewährt werden, 2 Mio. EUR nicht überschreitet.

#### *Artikel 56f*

#### **Voraussetzungen für Beihilfen im Rahmen von aus dem Fonds „InvestEU“ unterstützten kommerziellen Finanzprodukten**

1. Die Finanzierungen für die Endempfänger werden durch gewerbliche Finanzintermediäre bereitgestellt, die anhand objektiver Kriterien in einem offenen, transparenten und diskriminierungsfreien Verfahren ausgewählt werden.
2. Der gewerbliche Finanzintermediär, der die Finanzierung für den Endempfänger bereitstellt, trägt bei jeder finanziellen Transaktion ein Mindestrisiko von 20 %.
3. Der Nominalbetrag der Gesamtmittel, die für jeden Endempfänger von dem gewerblichen Finanzintermediär bereitgestellt werden, darf 7,5 Mio. EUR nicht überschreiten.

\* Verordnung (EU) Nr. 347/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2013 zu Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 1364/2006/EG und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 713/2009, (EG) Nr. 714/2009 und (EG) Nr. 715/2009 (ABl. L 115 vom 25.4.2013, S. 39).

\*\* Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (ABl. L XXX).

\*\*\* Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates (ABl. L 315 vom 3.12.2007, S. 1).

\*\*\*\* Richtlinie 2012/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 zur Energieeffizienz, zur Änderung der Richtlinien 2009/125/EG und 2010/30/EU und zur Aufhebung der Richtlinien 2004/8/EG und 2006/32/EG (ABl. L 315 vom 14.11.2012, S. 1).

## *Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt gemäß den Verträgen unmittelbar in den Mitgliedstaaten.

Brüssel, den

*Für die Kommission*  
*Die Präsidentin*  
*Ursula VON DER LEYEN*